

„Arbeitskreis Fremde“ bekommt vorerst

Der AKF, der sich in Willich in der Geflüchtetenarbeit engagiert, hatte angesichts der Vielzahl von Hilfesuchenden

WILlich (djm) Der Sozialausschuss hat einstimmig der Verlängerung der Bufdi-Stelle (Bundesfreiwilligendienst) beim „Arbeitskreis Fremde in der Stadt Willich“ (AKF) zugestimmt. Der AKF ermöglicht es seit mehreren Jahren, geflüchteten Frauen eine Bufdi-Stelle zur Verfügung zu stellen. So können sie in einem geschützten Rahmen in den Arbeitsmarkt integriert werden. Diese Stelle ist jetzt bis zum 30. Mai 2024 genehmigt. Die Beigeordnete Brigitte Schwerdtfeger führte dazu aus, dass die Verwaltung unter anderem

für diesen Bereich eine Organisationsuntersuchung beauftragen wird, um zu sehen, wie die Geflüchtetenarbeit allgemein in der Praxis funktioniert. Das Ergebnis soll berücksichtigt werden, wenn zum 1. Juni 2024 wieder über eine Verlängerung entschieden werden soll.

Die Entscheidung über eine weitere volle Sozialarbeiter-Stelle beim AKF verschoben die Ausschussmitglieder in die Haushaltsberatungen 2024. Vor Beginn der politischen Diskussion hatte die AKF-Vorsitzende Gerda Michels dargelegt,



Das Moltkedorf, die Notunterkunft für Geflüchtete, wird aus Mangel an Wohnraum weiterhin zur Unterbringung genutzt.

ARCHIV: BUDJAN

kein neues Personal

um eine weitere Sozialarbeiter-Stelle gebeten.

warum der AKF neben den vielen ehrenamtlichen Helfern, die zum Beispiel Deutschkurse geben oder gespendete Fahrräder für Geflüchtete aufpöppeln, mehr Sozialarbeit im Hauptamt brauche. Sie führte aus, dass angesichts von mehr als 1300 Geflüchteten – knapp 600 davon aus der Ukraine – alle Akteure in Willich, die im weitesten Sinne in der Betreuung der Hilfesuchenden unterwegs sind, bereits extrem mit Arbeit belastet seien. Die mit dem Antrag ausgedrückte dringende Bitte um personelle Unterstützung sei

nicht allein für den AKF gestellt.

Die Fraktionen waren aus unterschiedlichen Gründen zurückhaltend mit einer Zustimmung zum jetzigen Zeitpunkt, wenn auch der Meinung, dass eine Stärkung der Geflüchtetensozialarbeit grundsätzlich wichtig sei. Deswegen wurde die neue Stelle nicht abgelehnt, sondern in die Haushaltsberatungen im Herbst verwiesen. Dann werde die Verwaltung die Ergebnisse der oben genannten Organisationsuntersuchung vorlegen können, so Schwerdtfeger.

RP Willich 10.3.23